

Die 70 000 €-Frage: Politik verlangt Aufklärung, woher Lindenbrauerei-Zuschuss kommen soll – Notfalls Entscheidung vertagen

Geschrieben von Silvia Rinke am 16. Februar 2015 in Kultur, Politik+Gesellschaft, Tagesthema, Wirtschaft+Handel

Veilchendienstag blüht uns was – im **Kulturausschuss am Dienstagnachmittag (17 Uhr, Ratssaal)** soll die Politik jedenfalls die **70 000 €-Frage fürs Kulturzentrum** beantworten.

Sprich: Sie soll entscheiden, ob die Lindenbrauerei den Sonderzuschuss für dieses Jahr nun bekommt oder nicht. Ein Nein wird es nicht geben, die deutliche Mehrheit für den Zuschuss ist sicher.

Doch mittlerweile regt sich bei den kleineren Fraktionen offener Unmut gegen die Art und Weise, wie sie hier (wiederholt) von der Verwaltung zu einer **überstürzten Entscheidung** gedrängt werden sollen. Denn die vom Kämmerer angekündigte Beschlussvorlage, in der er erklärt, wo die 70000 € eigentlich herkommen sollen, war bis zum heutigen Abend noch nicht ins Ratsinformationssystem der Stadt-Homepage eingestellt.

Das bedeutet: Sofern die Erklärung morgen noch vorgelegt wird, haben die Fraktionen **gerade mal ein paar Stunden bis zur Ausschusssitzung Zeit, sich in die Zahlenauflistung einzulesen und die dargelegte Finanzierung nachzuvollziehen**. Über einen solchen Zwang zum kurzfristigen Ex- und Hopp-Beschluss regt sich aber wie erwähnt **Widerstand**: nicht nur bei den Piraten (die in Person von Fraktionschef Tetzner eine schriftliche Erläuterung vom Kämmerer eingefordert hatten, woher das Geld komme), sondern auch bei der Linkspartei oder der FW/FLU. Ohne nachvollziehbare Erklärung heute keine Entscheidung, **sondern Vertagung**, lautet der Tenor. Im **Haupt- und Finanzausschuss am Donnerstag (19. 2.)** steht das Thema ohnehin wieder auf der Tagesordnung.

Im **Dezember** hatte Bürgermeister Werner Kolter schon einmal eine kürzestfristige Entscheidung vom Rat mehr oder weniger moralisch erzwungen: Damals ging es um die vertragliche Vereinbarung mit dem Land NRW, die **Landesstelle Massen zehn Jahre lang wieder als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen**. Auch diese Vorlage wurde den Fraktionen erst am Tag der fälligen Entscheidung bekannt. Was sich, wie Kolter an jenem Abend versicherte, nicht hatte ändern lassen, denn der Vertrag mit dem Land sei eben erst an jenem Morgen ausgehandelt worden. **Dennoch kritisierten schon in jener Sitzung viele Fraktionen diesen Zwang zur Hals über Kopf-Entscheidung als suboptimal**.

